

Pressemitteilung

Doppelhaushalt 2024/2025: SPD präsentiert ihre Vorschläge

SPD-Fraktion setzt Schwerpunkte in den Bereichen Soziales, Bildung, Digitalisierung und Klima

Vor den Beratungen des vom Oberbürgermeister vorgelegten Haushaltsentwurfs für die kommenden zwei Jahre hat die SPD-Fraktion im Stuttgarter Rathaus ihre Vorschläge für den Doppelhaushalt der Stadt präsentiert.

Stuttgart, 17. Oktober 23

Die drittgrößte Fraktion im Gemeinderat orientiert sich dabei an drei Maßgaben: eine sozial gerechte Stadt, eine funktionierende Stadt sowie eine lebenswerte und klimagerechte Stadt für Alle. Im Fokus stehen dabei die Verbesserung der Situation von Familien in der Stadt, die Digitalisierung und Optimierung der Stadtverwaltung sowie Maßnahmen zum Klimaschutz.

Auffallend ist in diesen Haushaltsberatungen, dass die Vorlage des Oberbürgermeisters keinen roten Faden erkennen lässt und geprägt ist von nicht wahrgenommener Verantwortung für wesentliche Bereiche der Stadt. So fehlen in weiten Bereichen die Aufstockungen für Mehrkosten oder Mittel für bereits im Bau befindliche Projekte. Diese Defizite muss der Gemeinderat nun durch eigene Anträge beheben.

Insgesamt belaufen sich die Vorschläge der SPD-Gemeinderatsfraktion auf ein Volumen von rund 380 Millionen Euro im Doppelhaushalt 2024/25, verteilt auf 218 Haushaltsanträge.

Eine sozial gerechte Stadt – ohne halben Sachen

Mit einem breiten Paket an Maßnahmen soll Stuttgart zu einer sozial gerechten Stadt werden. Ein wichtiger Bestandteil ist dabei das Thema Mobilität für alle. So war das 9-Euro Ticket ein voller Erfolg, weil es auch Menschen mit kleinem Einkommen ermöglicht hat, mobil zu sein. Bisher gibt es in Stuttgart das Sozialticket für 24,50 Euro im Monat für Bonuscard-Empfänger*innen. Die Verkaufszahlen zeigen jedoch, dass das Ticket nicht im gewünschten Umfang angenommen wird. Ein Grund kann die immer noch recht hohe finanzielle Belastung sein. „Wir möchten diesen Menschen aber ermöglichen, mobil zu sein und an der Verkehrswende teilhaben zu können. Daher fragen wir die Verwaltung im Zuge der Haushaltsberatungen, was ein 9 Euro-Ticket für Stuttgart für alle Bonuscard-Empfänger*innen organisatorisch und finanziell bedeuten würde“, führt Fraktionsvorsitzender Stefan Conzelmann aus. (siehe Antragspaket S. 12)

Darüber hinaus hat die SPD-Fraktion zahlreiche Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich des Sozialamts in vollem Umfang beantragt. Hierzu zählen unter anderem Hilfen für Ältere Menschen (S. 326-330), für Geflüchtete (S. 335, 359) oder für Personen in besonders schweren Problemlagen, sei es Suchtkranke (S. 353), psychisch Erkrankte (S. 349) oder Wohnungslose (S. 355). „Der Oberbürgermeister

Pressemitteilung

hat hier durchgehend jeweils nur 50% des angemeldeten dauerhaften Bedarfs in seine grüne Liste gestellt. Wenn jemand friert, braucht er aber eine ganze Decke und keine halbe!“, bemängelt Fraktionsvorsitzende Jasmin Meergans den unzureichenden Verwaltungsvorschlag.

Familien mit Kindern unterstützen

Noch immer kann man in Stuttgart trotz des Rechtsanspruchs leider nicht allen Kindern einen Kitaplatz bieten. Gleichzeitig wird die Kita für die Familien, die einen Kitaplatz haben, immer unzuverlässiger. Dabei ist die Kindertagesbetreuung elementar für die Vereinbarkeit von Familien und Beruf, aber vor allem auch zur frühkindlichen Bildung, um allen Stuttgarter Kindern einen guten Start zu ermöglichen. Angesichts der eingetretenen Kostensteigerungen sind zudem die bestehenden Kitaplätze in Gefahr. Daher halten wir Förderverbesserungen für zwingend notwendig. Außerdem sind weitere Anstrengungen zur Fachkräftegewinnung und –erhaltung sowie dringende Unterstützung bei der Inklusion nötig. „Aus diesem Grund haben wir ein großes und umfassendes Maßnahmenpaket für unsere Kitas geschnürt mit einem Finanzvolumen von rund 13 Millionen Euro pro Jahr. Dazu zählen neben Unterstützung bei der Inklusion und Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung und –erhaltung auch eine Erhöhung des Essenszuschusses von über 3 Millionen Euro pro Jahr sowie jährliche Betriebszuschüsse für Kitas in freier Trägerschaft in Höhe von knapp 9 Millionen Euro“, betont Meergans, die zugleich bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion ist. (S. 1)

Eine funktionierende Stadt, die ihre Pflichten erfüllt und die Digitalisierung vorantreibt

Neben einer sozial gerechten Stadt haben vor allem die letzten Wochen und Monate die Dringlichkeit weiterer Digitalisierungs- und Modernisierungs-bestrebungen bei der Stadt aufgedeckt. Menschen, die nächtens vor Behörden campen, um einen begehrten Termin zu bekommen; hohe Prozesskosten auf Grund von Papierakten und lange Bearbeitungszeiten, um nur einige wenige Aspekte zu nennen, sprechen nicht für eine funktionierende Stadt. In dieser Situation ist es richtig, dass die zuständige Fachverwaltung ein sehr umfangreiches Anforderungspapier vorlegt. Da es sehr viele mögliche und nötige Betätigungsbereiche gibt, ist es aus Sicht der Sozialdemokrat*innen unerlässlich, vorab Prioritäten zu setzen und sich auf das Dringende und Wichtige zu konzentrieren, da zu viele parallele Prozesse eher lähmen und befriedigende Ergebnisse ausbleiben (S. 10). „Wir sehen in der aktuellen Situation die Prioritäten dort, wo die Schnittstelle Verwaltung – Stuttgarter*innen tangiert ist. Zu nennen wären dabei eine digitale Bürgerschnittstelle, eine online-Terminvereinbarung und Maßnahmen in Bürgerbüros. Ebenso sollte die Verwaltung dort zuerst ansetzen, wo massive Effizienzsteigerungen in verwaltungsinternen Vorgängen zu erwarten sind, etwa bei medienbruchfreien Online-Services oder der Standardisierung und Digitalisierung von Geschäftsprozessen“, erläutert Conzelmann.

Mehr Mittel für die Schulen

Ebenso wie in den Ämtern und Behörden, soll die Digitalisierung nach Wunsch der SPD auch in die Klassenzimmer Einzug finden. Sie möchte so schnell wie möglich für Internet in jedem Klassenzimmer sorgen, auch damit die vielen Endgeräte aus dem Digitalpakt im Schulalltag sinnvoll genutzt werden können. Hierfür beantragen die Sozialdemokrat*innen rund 2,5 Millionen Euro jährlich (S. 7). Eher kritisch sehen sie die dauerhafte Übernahme von Wiederbeschaffung und Support der im Rahmen des

Pressemitteilung

Digitalpakts beschafften Geräte. Hier sei zuvorderst das Land in der Pflicht. (S. 239) Viel investiert wird in den Schulbau. Hier beantragt die SPD für die nächsten 5 Jahre rund 125 Millionen Euro, 65 Millionen Euro davon allein in den Jahren 2024/25 (S. 3) Jasmin Meergans erklärt dazu: „Moderne und intakte Schulgebäude sind ein wichtiger Aspekt einer kinder-, jugend- und familienfreundlichen Stadt. Nur mit den notwendigen räumlichen Rahmenbedingungen ist es möglich, dass alle Schüler*innen gut lernen können. Somit ist Schulbau ein wichtiger Aspekt für Bildungsgerechtigkeit. Um den Sanierungs- und Investitionsstau der vergangenen Jahre und Jahrzehnte abzubauen, müssen kontinuierlich neue Vorhaben geplant und gebaut werden. Denn an vielen Schulstandorten verfügen die Schulen nur über veraltete oder auch nicht genügend Räumlichkeiten. Das muss sich so schnell wie möglich ändern.“

Personal anwerben und halten

Damit eine „Stadt funktioniert“, braucht man Personal. Die SPD hat für die anstehenden großen Aufgaben der Stadt daher insgesamt rund 200 Stellen beantragt (S. 30), davon zahlreiche im Amt für öffentliche Ordnung, um die Dienstleistungen etwa in der Ausländerbehörde zu verbessern. Zusätzlich beantragen die Sozialdemokrat*innen neue Maßnahmen zur Personalgewinnung und –erhaltung (S. 25) und plädieren für eine Stuttgart Zulage (S. 9). „Eine tarifliche Stuttgart Zulage wäre die richtige Antwort zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Beschäftigten der Stadt Stuttgart. Wir halten es nach wie vor für unabdingbar, dass über die Stuttgarter Zulagen mit Ver.di mit dem festen Vorsatz einer Einigung gesprochen und verhandelt werden muss“, betont Jasmin Meergans.

Eine lebenswerte und klimagerechte Stadt

Lebenswert wird eine Stadt, wenn man sich dort wohlfühlt und teilhaben kann am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Die Initiative der SPD-Fraktion aus den letzten Haushaltsberatungen, in Stuttgart einen Kulturpass für Jugendliche einzuführen, war ein voller Erfolg. Kulturelle Teilhabe zu ermöglichen ist eines der großen Ziele des Kulturpasses. Das Entdecken der kulturellen Vielseitigkeit, Neues auszuprobieren und dabei die Definition des Kulturbegriffs zu diskutieren und zu hinterfragen sind Aspekte, die die SPD mit der Pilotphase des Kulturpasses erfolgreich angestoßen hat. „Junge Menschen sind die Kulturkonsument*innen der Zukunft – ihnen die Bandbreite aufzuzeigen und sie zu öffnen auch für nicht naheliegende Angebote, schafft Nachfragepotenzial des zukünftigen Publikums. Gleichzeitig dient die Auslobung eines 100-Euro-Gutscheins für alle 16-Jährigen der Stärkung der lokalen Kultur- und Kunstszene. Nach den sehr erfreulichen Ergebnissen aus der Pilotphase möchten wir dieses kulturpolitische Instrument verstetigen und haben dafür insgesamt 800.000 Euro beantragt“, erklärt Stefan Conzelmann (S. 23).

Die Klimawende vorantreiben

Ein Thema, dass – leider – immer mehr an Brisanz gewinnt und besonders viele junge Menschen beschäftigt und auf die Straßen treibt, ist der Klimawandel. Gemeinsam mit den Fraktionen Bündis90/DIE GRÜNEN und PULS hat die SPD einen Antrag eingebracht, in dem die Empfehlungen des Klimabürger*innenrats aufgegriffen werden. Mit einem Gesamtvolumen von knapp 6,8 Millionen Euro für die nächsten 5 Jahre – allein 4 Millionen davon in den Jahren 2024/25 – sollen Maßnahmen wie der Superblock Barcelona oder Informationsveranstaltungen in den 23 Stadtbezirken angegangen werden. (S. 13)

Pressemitteilung

Bereits am Laufen sind zahlreiche Maßnahmen aus dem Förderprogramm Klimaschutz. Um diese Programme weiterzuführen und zu intensivieren, beantragen die Sozialdemokrat*innen für die kommenden 5 Jahre rund 93 Millionen Euro, davon allein 55 Millionen in den Jahren 2024/25 (S. 18). Bei der Gebäudesanierung empfiehlt die SPD städtische Bürgerschaftsprogramme, etwa durch die LBBW bzw. BW-Bank, für den Fall, dass Eigentümer*innen nicht in der Lage sind, größere Investitionen für die erforderlichen Gebäudesanierungsvorhaben zu finanzieren. Im Fokus sollen besonders schlecht gedämmte Wohnhäuser mit einem hohen Energiesparpotential stehen. (S. 174) Hier ist, wie bei allen Maßnahmen im Klimabereich, Tempo gefragt, um das Klimaneutralitätsziel 2035 zu erreichen. Neben Tempo gilt es aber auch, diese Maßnahmen und Mittel möglichst effizient und konstant einzusetzen, weshalb die SPD-Fraktion ein professionelles Projektmanagement einfordert, um die Klimaziele zu erreichen. (S. 115). Jasmin Meergans erklärt dazu: „Die Sanierungsrate von Gebäuden, die Umstellung auf klimaneutrale Heizsysteme und die jährliche Ausbaurrate regenerativer Energieerzeugung im Stadtgebiet liegen weit hinter den Notwendigkeiten zur Erreichung des Klimaneutralitätsziels 2035. Da etwa der Aufbau und Ausbau der Wärmenetze nicht unmittelbar wirken wird, sind die Förderprogramme unabdingbar, um auch kurzfristig eine Reduktion der CO₂-Emissionsziele zu erreichen.“

Wenig Zeit bleibt auch beim Thema Hitzeschutz. Denn wer die letzten Sommer in dieser Stadt verbracht hat, bekommt eine Ahnung davon, mit welchen Hitzewellen in der Stadt zu rechnen ist. Gerade für Ältere, aber auch für Kinder und Schwangere sind diese Temperaturen nicht nur unangenehm, sondern lebensgefährlich. Die SPD hat daher 1,5 Millionen Euro für ein Hitzesofortprogramm beantragt, um schnell für Abkühlung zu sorgen. (S. 20) Finanziert werden sollen damit Beschattungselemente an beliebten öffentlichen Plätzen sowie kostenlose Wasserspender.

Entwicklung des Stadtquartiers Rosenstein: Oder nicht?

Stuttgart wird im Zuge des Freiwerdens der Gleisflächen mitten im Herzen der Innenstadt ein neues Stadtquartier erhalten. Auf diesem 85 Hektar großen Areal soll ein nachhaltiger und klimagerechter neuer Stadtteil entstehen, der Leben, Arbeiten und Wohnen verbindet. Die Entwicklung von Stuttgart Rosenstein stellt den bedeutendsten Baustein der Stadt- und Wohnbauentwicklung Stuttgarts im kommenden Jahrzehnt dar. Umso verwunderter ist die SPD-Fraktion, dass dieses Jahrhundertprojekt praktisch keinen Widerhall in der Vorschlagsliste der Verwaltung findet. Die für den Rosenstein von der Verwaltung in die „Grüne Liste“ übernommenen Haushaltsmittel sind in keiner Weise mit den von der Verwaltung in der „Roten Liste“ angemeldeten Bedarfe in Einklang zu bringen. „Wir wollen das Städtebauprojekt Rosenstein so schnell wie möglich in die Umsetzung bringen. In Anbetracht des fehlenden preiswerten Wohnraums können wir uns keinerlei Verzögerung bei Stuttgarts größtem Innenentwicklungsprojekt leisten. Aus diesem Grund haben wir beantragt, dass die Verwaltung zur 1. Lesung des Haushalts die Diskrepanz zwischen den Mitteln und Stellen in der roten und den Mitteln in der grünen Liste zu erklärt und aufzeigt, welche Mittelhöhe notwendig ist, um den Fortgang des Projekts termingerecht zu sichern“, erklärt Stefan Conzelmann, der wohnungspolitische Sprecher der Fraktion (S. 27).

Anlage

Haushaltsanträge 2024/25 der SPD-Fraktion Stuttgart